

## +++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Im **Ausschuss für Innere Verwaltung** (Vorsitz Klaus Stallmann, CDU) berichtete ein Vertreter des Innenministeriums am 13. Februar über eine Polizeiaktion gegen die im Januar vom Bundesinnenminister verbotene Organisation „Hizb ut-Tahrir“ (arabisch für „Partei der Befreiung“). Das Verbot wurde in fünf Bundesländern, darunter NRW, mit Durchsuchungen und Beschlagnahmen vollzogen.

+++

Für das unterirdische Gütertransportprojekt CargoCab stellt das Wissenschaftsministerium in diesem Jahr 300.000 Euro zur Verfügung, allerdings mit der Auflage, dass ebensoviele Mittel aus der Wirtschaft eingeworben werden. Das erfuhr der **Verkehrsausschuss** (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) am 13. Februar vor der Abstimmung über den gemeinsamen Antrag, wonach die Verkehrspolitik aller Fraktionen die weiteren Forschungsschritte unterstützen. Die FDP zog ihren Antrag zurück und bedankte sich für die konstruktive Beratung. Ein neues Wirtschaftlichkeitsgutachten hatte zu der Befürwortung beigetragen.

+++

Auf Anregung des **Ausschusses für Kommunalpolitik** (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD) hört der Haushaltsausschuss am 13. März die Spitzenverbände als Sachverständige zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur finanziellen Entlastung der Kommunen an. Die kommunalen Steuereinnahmen sanken in den ersten drei Quartalen des Vorjahres um acht Prozent. Die Gewerbesteuer brach mit einem Minus von 543 Millionen Euro gegenüber dem Vorjahr „in einem bisher nicht gekannten Ausmaß“ ein. Das teilte der Innenminister im Bericht „Kommunal Finanzen in NRW“ vom 4. Februar (Vorlage 13/1982) dem Ausschuss mit. Im Jahr 2003 werde die Zahl der Kommunen mit

Haushaltssicherungskonzept (im Vorjahr 105) weiter steigen, meint der Minister. Die Fehlbeträge der Verwaltungshaushalte würden 2003 die Rekordmarke von vier Milliarden Euro überschreiten.

+++

Der federführende **Wirtschaftsausschuss** (Vorsitz Dr. Helmut Linsen, CDU) vertagte die abschließende Beratung des Mittelstandsgesetzes auf den 2. April. In der Ausschusssitzung am 12. März wollen die Fraktionen über Änderungsanträge beraten. Im Gespräch sind unter anderem eine Befristung auf fünf Jahre und eine genauere Bestimmung über einen Mittelstandsbeauftragten.

+++

Der **Ausschuss für Kommunalpolitik** lehnte am 12. Februar mit den Stimmen der Mehrheit den FDP-Antrag „Mehr Wettbewerb in der Abfallwirtschaft!“ ab. Hildegard Nießen (SPD) und Ewald Groth (GRÜNE) hielten die Bindungen in Abfallwirtschaftsplänen für richtig und befürworteten die Planungssicherheit für kommunale Entsorgungsanlagen. Hans Peter Lindlar (CDU) sah dagegen die Bindungsverträge als nicht mehr situationsangemessen an und kritisierte die „Staatwirtschaft“. Private Gebührenzahler würden gezwungen, die Beseitigung von Gewerbemüll mitzufinanzieren. Sie hätten auch die Fehlplanungen mit Überkapazitäten bezahlen müssen. Christof Rasche (FDP) sah die NRW-Abfallwirtschaft als überholt, und Änderungen samt Kostensenkung als angezeigt an.

+++

Um frühzeitig auf europäische Entscheidungsprozesse Einfluss nehmen zu können, hat die Landesregierung die personelle und informationstechnische Ausstattung der Landesvertretung in Brüssel verstärkt. Das geht aus dem ersten europapolitischen Arbeitsprogramm 2003 hervor, das Europaminister Wolfram Kuschke dem **Ausschuss für Europapolitik** (Vorsitz Ute Koczky, GRÜNE) am 10. Februar vorlegte.

Im Rahmen des „pro-aktiven Ansatzes“ habe der NRW-Ministerpräsident mit dem Kommissionspräsidenten Prodi bereits über ein Planspiel zur Chemikalienpolitik gesprochen, teilte er mit.

+++

Eine Anhörung von Sachverständigen will der **Sozialausschuss** (Vorsitz Bodo Champignon, SPD) zum CDU-Antrag „Auch das Sterben ist ein Teil des Lebens“ (Drs. 13/3217) durchführen. Der Termin steht noch nicht fest. Die Fraktionsanträge zum Thema „Ehrenamt“ will der Sozialausschuss erst am 26. März abschließend beraten, um allen mitberatenden Ausschüssen Gelegenheit zu einem Votum zu geben.

+++

Mit den Sorgen des Transportgewerbes bei Einführung der LKW-Maut und möglichen Hilfestellungen des Landes will sich der **Wirtschaftsausschuss** nach Vorlage eines Berichts der Landesregierung befassen.

+++

Eine interministerielle Projektgruppe und die Reise einer Kommission in die Partnerregion Slaskie/Schlesien sollen die langjährigen guten Beziehungen weiter vertiefen. Das beschlossen alle Fraktionen im **Europa-Ausschuss** am 13. Januar. In Polen findet in diesem Jahr ein Referendum zum EU-Beitritt 2004 statt.

+++

Der **Unterausschuss Metrorapid** (Vorsitz Gerhard Wirth, SPD) wählte am 29. Januar den Bonner Abgeordneten Gerhard Lorth (CDU) zum stellvertretenden Vorsitzenden als Nachfolger für Gerhard Wächter, der in den Bundestag gewählt worden war.

+++

Der **Ausschuss für Frauenpolitik** wählte am 7. Februar die SPD-Abgeordnete Inge Howe zur neuen Vorsitzenden. Die bisherige Vorsitzende Gerda Kieninger (SPD) ist jetzt Sprecherin ihrer Fraktion.



**Glück in Düsseldorf, Pech in Berlin** – der frühere FDP-Landesvorsitzende Jürgen W. Möllemann, Landtagsabgeordneter in Düsseldorf und seit dem 22. September vergangenen Jahres mit Sitz im Berliner Bundestag, hat Anfang des Monats knapp die geheime Abstimmung in der FDP-Landtagsfraktion über seinen Verbleib – statt der erforderlichen 16 stimmten 15 Parlamentarier für den Ausschluss aus der Fraktion – für sich entschieden. In der Bundeshauptstadt hatte er weniger Glück: Obwohl Möllemann den Verzicht auf sein Bundestagsmandat angekündigt hatte, wurde er mit deutlicher Stimmenmehrheit – 39 der 45 anwesenden Fraktionsmitglieder votierten gegen ihn – aus der FDP-Fraktion des Bundestags ausgeschlossen. Außerdem wird auf Bundesebene das Parteiausschlussverfahren gegen ihn weiter betrieben. Der Politiker Möllemann war wegen seines antiisraelischen Flugblatts (und dessen Finanzierung) in der letzten Phase des Bundestagswahlkampfes in die Schusslinie geraten. Von vielen wurde dieses Flugblatt für das unerwartet schlechte Abschneiden der FDP verantwortlich gemacht, das die Bildung einer schwarz-gelben Koalition und damit den Regierungswechsel im Bund verhindert haben soll.

Foto: Schälte